

## Frage des Tages

Ist es richtig, dass der Grosse Rat die Spital-Fusion angenommen hat?

Das Basler Parlament hat die Vorlage gestern mit 49 gegen 38 Stimmen gutgeheissen. [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern: **Setzt die Regierung den Ausgabenstopp-Auftrag seriös um?**

43% Nein (1042) 57% Ja (1383)



# Basler Grosser Rat schluckt die Kröte

Ohne Begeisterung sagt das Parlament Ja zur Fusion der Kantonsspitäler beider Basel

Von Alessandra Paone

**Basel.** Lukas Engelberger steht in der Eingangshalle des Grossen Rates. Der Basler Gesundheitsdirektor wirkt entspannt, nicht völlig, aber entspannter als er vielleicht selber erwartet hätte. Neben ihm steht Rahel Bänziger, Baselbieter Grünen-Landrätin und Präsidentin der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Er sagt: «Ich bin zuversichtlich.» Tatsächlich verläuft die Spitaldebatte bis jetzt in seinem Sinn. Der Grosse Rat hat sich mit 94 Stimmen bei zwei Enthaltungen deutlich für eine gemeinsame Gesundheitsversorgung beider Basel ausgesprochen. Noch aber steht der wichtigere Entscheid zur Spitalfusion des Kantonsspitals Baselland (KSBL) mit dem Unispital (USB) aus. Es ist kurz nach Mittag.

Gut viereinhalb Stunden später – Lukas Engelberger nimmt einen Schluck Mineralwasser, während die Grossräte auf ihren Abstimmungsknopf drücken. Sein Blick wandert zum grossen Bildschirm: Das Parlament sagt mit 49 zu 38 Stimmen bei 8 Enthaltungen Ja zur Spitalfusion. Händeschütteln und Schulterklopfen auf der bürgerlichen Regierungsbank.

Heute entscheidet auch der Baselbieter Landrat. In einer ersten Lesung vor zwei Wochen sprach er sich aber klar für eine Fusion des KSBL und des USB mit dem Namen Universitätsspital Nordwest aus. Bei einer Zustimmung des Baselbieter Parlaments wird das Volk in beiden Kantonen im Februar über die Vorlage abstimmen.

## Volkentscheid im Februar 2018

«Ich freue mich sehr. Es hätte ja ein Zufallsergebnis sein können, aber dieses Resultat zeigt jetzt doch die Meinung einer klaren Mehrheit im Parlament», sagt der CVP-Regierungsrat wenig später zufrieden mit sich und dem Grossen Rat. Im Laufe der Debatte habe sich zwar ein Ja abgezeichnet, aber am Ende müsse das Parlament dann auch noch zustimmen.

Nun geht es für Lukas Engelberger bis zur Volksabstimmung nahtlos weiter. Das Geschäft sei komplex und es gebe noch viel zu klären. «Aber dieser Diskussion werde ich mich gerne stellen», sagt der Basler Gesundheitsdirektor.



**Sieger des Tages.** Auf Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger wartet bis zur Volksabstimmung noch viel Arbeit. Foto Nicole Pont

Der Schlussabstimmung ging eine angeregte, aber dennoch sehr anständige Debatte voraus. Die Positionen der einzelnen Parteien waren schon vor der Sitzung klar, der Überraschungseffekt blieb entsprechend gering. Nur die Haltung der Grünliberalen war bis zum Schluss unklar, was sich im Votum von David Wüest-Rudin widerspiegelte. Er sagte: «Eigentlich könnten wir dem Staatsvertrag zustimmen, aber der

Preis, den wir dafür bezahlen, ist sehr hoch.»

Als überzeugte Gegner der Vorlage traten die Sozialdemokraten auf. Um die Einigkeit der Fraktion zu unterstreichen, plädierte sogar Sarah Wyss, Präsidentin der beratenden Gesundheitskommission, für ein Nein zur Spitalgruppe. Am Ende stimmten doch zwei SP-Mitglieder zu und drei enthielten sich der Stimme. Und während

der Debatte warb die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker auf Twitter für ein Ja: Sie halte ein knappes Nein aus dem Grossen Rat für verantwortungslos. Das Volk solle das letzte Wort haben.

## Andere Alternative gebe es nicht

Mit seinem Repertoire an Argumenten, das er im Vorfeld zur Debatte zur Genüge in Interviews und Blog-einträgen dargelegt hatte, wies SP-Gesundheitspolitiker Kaspar Sutter auf die Nachteile der Spitalgruppe hin. Die konsequente Umsetzung der Spitalliste reiche, eine Fusion sei unnötig, sagte er. Er erwähnte auch die missglückte Fusion der Baselbieter Spitäler und warnte, mit einem Spital zusammenzugehen, dessen Zustand völlig unklar sei.

Weitere Argumente der SP waren die Entmachtung des Parlaments, die ungleiche Verteilung der Kantone bei der Finanzierung, die unnötige Strukturhaltung mit dem Bruderholz als teures Orthopädiezentrum und der Druck aufs Personal. Unterstützt wurden die Sozialdemokraten von einem Teil des Grünen Bündnisses.

«Es ist zwar keine Traumhochzeit, aber doch mehr als eine Vernunftsehe.»

Christian Moesch, FDP

Die Bürgerlichen zeigten sich zwar nicht begeistert von der Vorlage, aber bereit, «die Kröte zu schlucken». Auch, weil es keine andere Alternative gebe, wie unter anderem Joël Thüring von der SVP betonte. Oder wie es FDP-Grossrat Christian Moesch ausdrückte: «Es ist zwar keine Traumhochzeit, aber doch mehr als eine Vernunftsehe.»

Die Befürworter warben auch mit der flexiblen Rechtsform einer AG. Diese sichere die Kontrolle, weil sie im Besitz der Kantone sei. Sie wiesen zudem mehrfach auf die höhere Finanzkraft des fusionierten Spitals hin. Ohne Zusammengehen sei irgendwann auch die für die Basler Life-Sciences-Branche wichtige Forschung und der Hochschulstandort gefährdet.

## Kommentar

# Entscheid für die Demokratie

Von Alessandra Paone



Mehrere Jahre haben der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) und sein Baselbieter Amtskollege Thomas Weber (SVP) an

der Idee einer Spitalfusion herumgewerkelt. Was nun den beiden Parlamenten in Stadt und Land präsentiert wurde, ist eine Vorlage, die in Basel-Stadt niemanden vollkommen überzeugt. Selbst die Bürgerlichen nicht, Befürworter der Fusion. Dies war in der gestrigen Grossratsdebatte deutlich zu spüren: Der Ton blieb im Vergleich zu ähnlich umstrittenen Geschäften relativ ruhig. Bezeichnend war auch die Wortwahl der einzelnen Sprecher. Von Vernunftsehe, ja gar von Zwangsehe war die Rede. Von Kröten, Fröschen, Fröschchen und bitteren Pillen, die man schlucken müsse. Am Ende aber überwog das Bewusstsein, dass es keine Alternative zu dieser Fusion gibt. Keinen Plan B. Vor allem, wenn es darum geht, die Zukunft des Universitätsspitals, des Hochschulstandorts Basel und die für den Life-Sciences-Bereich wichtige Forschung und Lehre längerfristig zu sichern. Mit der Fusion des Kantonsspitals Baselland und des Unispitals geht es nicht zuletzt auch darum, ein Signal nach aussen zu senden. Ein Zeichen zu setzen als starke, geschlossene Gesundheitsregion, die es mit dem Rest der Schweiz aufnehmen, wenn nicht sogar eine führende Rolle übernehmen kann.

Es überwog auch die Vernunft. Denn es wäre verantwortungslos gewesen, ein derart bedeutendes Geschäft nicht dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Als Steuerzahler und Leistungsempfänger haben die Stimmbürger Anrecht darauf, mitzubestimmen, wie die Gesundheitsversorgung in ihrer Region aussehen soll. Und zu entscheiden, ob sie die von den Parlamenten geschluckten Kröten verdauen oder wieder ausspucken wollen.

alessandra.paone@baz.ch

ANZEIGE

ACT ENTERTAINMENT PRÄSENTIERT EINE PRODUKTION DER B.E. STAGE MANAGEMENT IN ASSOCIATION MIT MUSICAL TOMMY GMBH  
**DER GRÖSSTE MUSICALERFOLG ALLER ZEITEN NEUPRODUKTION MIT STARBESETZUNG**  
VERONIKA RIEDL ALEXANDER JAHNKE  
1978 - 2018: DER KULTFILM WIRD 40!  
18.-23.09.2018 MUSICAL THEATER BASEL  
Tickets und Infos: [WWW.ACTNEWS.CH](http://WWW.ACTNEWS.CH)

# «Die nächste Halbzeit beginnt jetzt»

SP-Parteichef Pascal Pfister kann auch der Niederlage im Parlament etwas Positives abgewinnen

Von Franziska Laur

**BaZ:** Herr Pfister, Ihre Partei hat diese Schlacht im Parlament verloren. Wie wird sie sich für die Volksabstimmung im Februar rüsten?

**Pascal Pfister:** Die Parole muss die Partei fassen. Das werden wir an der Delegiertenversammlung von Ende Jahr diskutieren.

**Welche Argumente werden Sie ins Zentrum stellen?**

Am Ende des Tages sind wir vom Projekt, so wie es sich zum Schluss präsentiert hat, nicht überzeugt. Wir glauben, dass diese Fusion eher zu einem Wetrüsten führen wird. So werden Überkapazitäten nicht abgebaut, sondern die Konkurrenz und der Wettbewerb zwischen den Uni- und Privatspitälern wird angeheizt. Dies wird ganz gewiss nicht zu Kosteneinsparungen führen. Ausserdem wird so die demokratische Kontrolle verloren gehen. Der dritte Punkt ist die Sorge um das Personal.

**Das Wetrüsten ist allerdings jetzt schon im Gange.**

Das stimmt. Es gibt auch Leute, die von einer Spitalblase sprechen und die haben wir momentan tatsächlich. Daher haben wir auch dem ersten Staatsvertrag begeistert zugestimmt. Dieser beinhaltet die Spitalliste, die den Regierungen die Möglichkeit gibt, Schwerpunkte zu setzen und dem Wetrüsten Einhalt zu gebieten.



**Befürchtet Wetrüsten.** Pascal Pfister glaubt nicht, dass eine Fusion Kosten senkt. Foto Florian Bärtschiger

**Genau diese Spitalblase soll jedoch mit der Fusion bekämpft werden.**

Das ist eine Einschätzungsfrage. Wir glauben nicht, dass dies geschieht. Es macht keinen Sinn, wenn das, was im Unispital abgebaut wird, bei den Privaten wieder aufgebaut wird. Wir haben in Basel im Unterschied zu anderen Kantonen einen Platz, auf dem es viele Privatspitäler gibt.

**Vor der Volksabstimmung werden noch Lohnverhandlungen erfolgen. Haben diese einen Einfluss auf eure Meinung? Kann es sein, dass ihr nach zufrieden-**

**stellenden Verhandlungen auf ein Ja umschwenkt?**

Das müssten Sie unsere Delegierten fragen. Ich kann nur sagen, dass das Personal für diese sicher ein wichtiger Aspekt ist. Eine Kehrtwende ist jedoch sehr spekulativ. Neben dem Personal sind uns die Prämienzahler und die Steuerzahler genauso wichtig. Und wir sind sehr skeptisch, ob es für diese positive Auswirkungen haben wird.

**Beim Unispital ist die Existenz aufgrund der Fallzahlen gefährdet, bei den Spitälern Baselland aufgrund der finanziellen Situation. Ihr Rezept dagegen?**

Auch die Debatte hat gezeigt, dass es im Hinblick auf diese Punkte verschiedene Informationen gibt. Allgemein ist der Druck durch die neue Finanzierungsart, die Fallpauschalen, schwieriger geworden (Anm. d. Red. abgerechnet wird nach Behandlungsfall und nicht mehr nach Dauer des Aufenthalts im Spital). Das neue Spitalgesetz lässt jedoch andererseits auch finanzielle Hilfe für die Spitäler zu. In der Welschschweiz machen sie das auch regelmässig. Als Sozialdemokrat habe ich ein Interesse an einer öffentlichen Grundversorgung und habe grundsätzlich nichts gegen diese Finanzierungshilfen.

**Damit hätte man das Problem der zu tiefen Fallzahlen nicht gelöst.**

In diesem Punkt finden wir tatsächlich, dass es in Absprache mit den